

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Petra Kalman**, Nadine Recher, Dominik Hofmann, Marcello Stanojević, Marina Marinković, Jakob Pranzl, Michelle Raffener (Gelb), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Geschichtsunterricht und politische Bildung in der Mittelschule**

Der Geschichtsunterricht in der Mittelschule gestaltet sich oft sehr einseitig. Es werden meist nur Filme über Kriege, insbesondere über den Zweiten Weltkrieg, gezeigt, in denen man Machtkämpfe und viel Gewalt sehen kann. Darin wird gezeigt, wie Menschen gegen andere aufgehetzt wurden. Diese Bilder prägen die Schülerinnen und Schüler in unterschiedlicher Art und Weise. Einzelne davon übernehmen gesehene Handlungsweisen und üben in der Folge selbst in ähnlicher Art und Weise Gewalt und Hetze aus. Es sollte daher mehr über Friedensverhandlungen, Friedensabkommen und den Wert von Frieden im Unterricht gesprochen werden und darauf der Schwerpunkt gelegt werden. Eine geschichtliche Aufarbeitung erscheint in dieser Altersgruppe besonders wichtig.

Die Schülerinnen und Schüler sollen auch im Unterricht hinsichtlich dieser Thematik sensibilisiert werden, da allein das Strafrecht als Abschreckung nicht hinreichend ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, die im Schulrecht eine Verpflichtung vorsieht, dass im Geschichtsunterricht im Zusammenhang mit Kriegen vor allem auch auf Friedensbewegungen und Friedensabkommen eingegangen wird, um auch die positiven Aspekte aufzuzeigen und somit gegen Krieg und Hetzerei vorzubeugen.